

ORA ET
LABORA

Bete
und
Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U. I. O. G. D.

Auf daß
in Allem
Gott
verherrlicht
werde!

23. Jahrgang
No 3

Münster, Sast., Donnerstag, den 23. Februar 1928

Fortlaufende No.
1251

Welt-Rundschau.

Die Räumung des Rheinlandes

Wenn es sich um eine gute Sache handelt, wie z. B. ein freundschaftliches Einverständnis oder einen gerechten Vertrag, so ist es sehr lobenswert, wenn man sich nicht immer starr auf den Buchstaben verweist, sondern eher den Geist des Abkommens befolgt. Denn auch hier gilt, was der Herr gesagt hat: „Der Geist ist es, der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig.“

Handelt es sich aber um das Gegenteil, wie z. B. einen ungerechten, durch Zwang erzwungenen Vertrag, so kann weder die Befolgung des Buchstabens noch die des Geistes gerechtfertigt werden. Wird aber zwischen beiden gewählt, so ist die Befolgung des Buchstabens noch weniger verwerflich als die des Geistes. Noch schlimmer ist es, wenn der ungerechte Vertrag einmal nach dem Buchstaben und ein anderes Mal nach dem Geiste handelt, je nachdem er in dem einen oder anderen Falle seinen eigenen Vorteil sieht.

In uralten Zeiten kam es gelegentlich vor, daß nach einem Kriege oder Ueberfalle der siegreiche Stamm den unterlegenen einfach ausgerottet oder alle Angehörigen desselben zu Sklaven gemacht und allen Besitz desselben sich angeeignet hat. Zum Glück reicht der Einfluß des Christentums, das einst die barbarischen Völker Europas zivilisierte hat, auch heute noch so weit, daß ein solches Vorgehen vom Weltgewissen nicht geduldet würde, obwohl die Völker als solche schon längst wieder vom Christentum abgefallen sind und ihm vielfach sogar feindlich gegenüber stehen. Das befragt jedoch nicht, daß nicht manche Nation auch heute noch den „guten“ Willen hätte, nach jenen uralten Grundgesetzen zu handeln, wenn es geschähe könnte, ohne der allgemeinen Verachtung anheimzufallen und sich zum Feinde des Menschengeschlechtes zu stempeln. Zudem wäre es heutzutage, wo die Länder des Mittelens von Einwohnern zählen, nahezu eine Unmöglichkeit, die alten Methoden anzuwenden.

Der „Vertrag“ von Versailles hat, was Ungerechtigkeit und Grausamkeit betrifft, wohl das Höchstmögliche geleistet zu einer Zeit, wo jede Nation sich ihrer hohen Zivilisation rühmt. Demselben unterliegt auch herden die Absicht, — und diese schon aus jeder Klausel desselben heraus — jenen Zweck unserer Verfahren mit anderen Mitteln zu erreichen. Das hat auch Clemenceau, nebst Poincaré der eigentliche Vater dieses „Vertrages“, ausdrücklich zugestanden, indem er den Ausdruck tat, er bedeute die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Was also beabsichtigt wurde, ist die totale Vernichtung oder wenigstens Verflüchtung des deutschen Volkes. Ähnliches gilt hinsichtlich der „Verträge“ mit den anderen Mächten. Das ist der Geist, der in diesen „Verträgen“ liegt.

viel draußiger ausgefallen. Zurzeit sah sich Frankreich zur Nachgiebigkeit gezwungen, es war nicht mächtig genug, seinen Verbündeten, die es mit Einsetzung aller Kräfte jenseits vom Untergange errettet hatten, Widerstand zu leisten. Aber es begann unmittelbar nach Beendigung des Krieges, mit fieberhafter Hast zu rüsten, vorgeblich, um sich gegen Deutschland sicherzustellen, in Wirklichkeit aber, um sich aller Einmischung in der Behandlung des unterlegenen Feindes erwehren zu können. So hatte z. B. Frankreich nach dem Kriege, gleichwie die anderen Nationen, nur eine geringfügige Luftflotte; heute hat es hierin jede andere Nation, wenn nicht alle anderen zusammengekommen, weit überflügelt; nach dem Kriege besaß es keine Unterseeboote; heute besitzt es unter allen Nationen bei weitem die stärkste Unterseeboote. Soll das alles gegen das ohnmächtige Deutschland geplant sein? England vor allem, das die Bedeutung dieser Rüstung ertüchtigt, als es bereits zu spät war, vermutet nun schon längst, worauf es abgesehen ist. Das erklärt Englands beständige Nachgiebigkeit in fast allem, was die Behandlung Deutschlands seit dem Kriege betrifft.

Praktisch wurde die Ausführung des „Vertrages“ von Versailles Frankreich überlassen. Die Ver. Staaten von Amerika bestehen zwar in der Theorie noch immer darauf, daß sie nur um hoher Ideale willen in den Krieg gegen Deutschland eingegriffen haben. Praktisch jedoch haben sie sehr deutlich ihr Unrecht eingestanden, indem sie sich weigerten, den „Vertrag“ von Versailles anzuerkennen. Auch sie haben anfangs an der in Versailles beschlossenen Regelung des Rheinlandes mitgewirkt, doch nach kurzer Zeit zog sie sich als von einer lächerlichen Sache zurück. Sie haben sich auch nicht geweigert, gemeinsame Sache mit dem Völkerverbund zu machen, der wenigstens für eine Reihe von Jahren seine Aufgabe darin sah, die Bestimmungen des „Vertrages“ von Versailles zur Ausführung zu bringen oder ihn, wo der Buchstabe nicht ausreichte, nach dem Geiste zu ergänzen.

Achnlich wie in Amerika ist, wenn auch der Ansehen noch so sehr dagegen sprechen mag, schon seit langer Zeit die Stimmung in England. Man sieht auch dort längst ein, daß ein großer Fehler begangen wurde. Aber England fühlte sich nicht in der Lage, sich von Frankreich loszusagen, wie das Amerika infolge seiner Isoliertheit so leicht tun konnte. So ging es notgedrungen, wenn auch oft mit Widerwillen, mit seinen Verbündeten oder bewährte doch dessen Ausdehnungen gegenüber eine diplomatische Zurückhaltung. An der Regelung des Rheinlandes nahm England einen fast verschwindenden Anteil, den Kaiser Wilhelm räumte es, sobald die Umstände es erlaubten, und es wäre schon längst froh, wenn es sich gänzlich davon zurückziehen könnte. Nur das kleine Belgien ist bisher durch das und dünn mit Frankreich gegangen. Aber dieses Ländchen wurde seit dem Kriege von seinem mächtigen Nachbar wie ein Vasall behandelt, man darf ihm deshalb nicht

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Unsere gute Mutter.

Ich will mein Klagen betten,
Mutter, in deinen Schoß!
Du sollst, was wirr ist, glätten
In Liebe grenzenlos.

Nimm meine Hände beide,
Entführe meine Schuld,
Wer düßt' in seinem Leide
Nicht seiner Mutter Schuld?

L. bringe meine Lieder
Vor Gottes Angesicht.
Gib mir in Gnaden wieder,
Das Leib und Seel' gebriecht!
X. Muß.

Feuer in einer Goldgrube

550 Fuß unter der Erde brach am 10. Februar in der Nähe von Timmins, Ont., in einer Goldgrube Feuer aus. Der Ursprung des Feuers konnte bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden. Da dies das erste Beispiel eines verderblichen Brandes in einem Quarz Bergwerke ist, so befinden sich keine Vorrichtungen zur Verhütung desselben. Als das Unglück hereinbrach, befanden sich 51 Arbeiter in dem betreffenden Schachte. Es gelang, davon 12 an die Oberfläche zu befördern, die zurzeit vom Rauch und Gas bewußtlos waren. Die Rettungsarbeiten konnten nur unter Todesgefahr ausgeführt werden. Es war unmöglich, zu den übrigen 39 vorzudringen und alle Hoffnung, ihr Leben zu retten, mußte aufgegeben werden. Bis zum 13. Februar hatte man erst 25 Leichen herausgebracht. Die Lage maulercher Deute an, daß das tödliche Gas ihr Leben ganz plötzlich ausgelöscht hatte. Das Unglück, das so viele zu Witwen und Waisen gemacht hat, verbreitet tiefe Trauer im ganzen Lande. Vergewann'slos!

Yorkton, Sast., eine Stadt.

Wenn ein Völkchen aus seiner ertiten Dose hinauswächst, muß es eine zweite haben, der dann bald eine dritte folgen wird. Denn die jungen Menschen finden wachsend schnell. So geht es in Saskatchewan mit den Ortshäusern. Die meisten derselben stehen noch in den ständerhöhen und heißen Villages (Dörfer). Wenn sie dann größer werden, rücken sie zum Range einer Town (Marktflecken) auf. Der nächste Schritt führt zum Range der City (Stadt), welcher im menschlichen Leben dem Alter und der Größe eines schon fast erwachsenen Jünglings entspricht. Diesen Rang hat am 1. Februar 1928 Yorkton erreicht, wo zu ihm die ganze Provinz gratuliert. Der Titel einer Stadt wurde ihm nach dem altbewährten Jeremiasch von der Regierung erteilt. — Saskatchewan hat jetzt sieben Städte: Regina, Saskatoon, Prince Albert, Moose Jaw, Wattleford, Weyburn und Yorkton. Welches wird die achte sein?

Stürme im nordwestlichen Europa und auf dem Ozean

Das nordwestliche Europa und das anliegende Meer haben wenige Stürme erlebt, welche dem Sturm so weit zwei Wochen an Heftigkeit gleichkamen. Man nimmt bis jetzt an, daß demselben gegen 50 Leben zum Opfer gefallen sind, 25 davon in Skandinavien und 9 in England. Die Schifffahrt erlitt in manchen Fällen großen Schaden und fast allgemein bedeutende Verspätungen. Im Merzen-Fluß sank ein Boot, und die Be-

ladung von sechs Mann erkrankt. In einigen Counties von England wurden Hunderte von Häusern zerstört und bei andern die Dächer abgedeckt. Den gewaltigen Sturm begleiteten schwere Regengüsse, die sowohl in England als in Irland weite Landstrecken überschwemmten. Eine ganz besondere Erscheinung bei diesem Sturm war d. Tod zahlloser Fische. Man schätzte die toten Fische, die teils aus Land gewaschen, teils an der Oberfläche des Meeres umhergetrieben wurden, auf viele Millionen. Ein Gelehrter machte die Erklärung, daß durch die Wut des Sturmes giftige Stoffe aus dem Meeresgrunde aufgewühlt wurden und den Tod der Fische verurteilten.

Religionsverfolgung in Rußland

Aus einem Artikel der russischen Zeitung „Bostrojdenie“ geht hervor, daß der Erfolg, den die Sowjet-Regierung durch die grausame Verfolgung der Religion erzielte, verhältnismäßig doch ein sehr geringer war. Aus einer Bevölkerungszahl von nahezu 140 Millionen Seelen ist es den kommunisten gelungen, für die Religion ihrer „sozialistischen Armeen“ etwa 200.000 Personen zu werden. In den Städten schätzt man die Zahl der Atheisten auf 1 Prozent und in den Dörfern auf 0,15 Prozent der Bevölkerungsziffer. Durch Gewalt und Trübungen ist es den Sowjetbehörden gelungen, in europäischen Rußland etwa 1000 orthodoxe Kirchen und 20 Moscheen zu sperren. Die Anzahl der geschlossenen Synagogen wird in der Sowjetpresse nicht genannt. In den letzten Weihnachtstagen veröffentlichte die Sowjetpresse eine Reihe von Spottartikeln gegen alle Bekenntnisse und ganz besonders gegen die christlichen. Die Aufsätze gehen über den großen Einfluß, zu dem die christliche Kirche auch jetzt noch im Leben des russischen Volkes nimmt. Es wird das Vorhandensein von 40.000 Kirchen auf dem heutigen Gebiet der Sowjetstaaten festgestellt, und man geht nicht ohne Bedauern, daß das russische Volk, obgleich durch die vielen sozialen Experimente verarmt, doch jährlich nahezu 300 Millionen Rubel für den Unterhalt des klerikalen Aufwandes im Lande in die Pfarrgemeinden in Sowjetrußland sind jetzt zum Mittelpunkt für eine ganze Reihe von Anhalten geworden, Schulen, Spitäler, Anstalten für Greise und Arbeitslose usw. — Die Sowjetpresse zeigt sich beunruhigt über den Einfluß, den diese Pfarrgemeinden auf die junge Generation ausüben. Unter den Gemeindevorfängern der Pfarren sind Bauern und Arbeiter am zahlreichsten vertreten. Die Arbeiter bringen ihr Scherlein nicht nur, um die Bedürfnisse der religiösen Gemeinschaft zu bestreiten, sondern veranstalten auch Sammlungen zur Errichtung neuer Kirchen und zur Wiederherstellung der alten Kirchenbauten.

Die Politik des Dollars.

Nach dem Buch „Dollar Diplomacy“ von Scott Kearing u. Prof. Freeman von Tr. rer. pol. Dipl. Volkswirt Eugen W. Rogon.

(Fortsetzung)

Zur kapitalistischen Wirtschaftssystem hat der Weltkrieg, an sich schon schwächlich und viel gefährdet, eine wackelige Bioge gefunden. Großmächte scheinen sich ja im allgemeinen, Gleichstarken gegenüber die eigenen Wirtschaftsinteressen allzudeutlich in den diplomatischen Vordergrund zu rücken. Aber gegenüber kleineren, noch unentwickelten Staaten gehört es halbwegs zu den Selbstverständlichkeiten, um eines fräftigen wirtschaftlichen Vorteils willen eine Revolution oder einen Bürgerkrieg im kapitalistisch begünstigten Lande hervorzurufen, wenn fremde Großmächtsinteressen dadurch nicht übermäßig verletzt werden. Hier wird aus der „Notwendigkeit“ von Krieg und Aufstand kein Hehl gemacht; die härtere Faust gilt, nicht der „Grundlag der Rüstungsbildung“, auf dessen Wahrung sie im Verfehr untereinander so eifrig bedacht sind. Auch auf diesem Gebiete sind die europäischen Regierungen in den afrikanischen und asiatischen Kolonien den Ver. Staaten mit dem schlechtesten Beispiel vorangegangen.

Sehen wir vom militärischen Einwirken und von Gebietsbesetzungen vorläufig ab, so können die Revolutionen in Hawaii 1893, in Panama 1903 und die zahlreichen in Mexiko nach 1911 als „politische Revolutionen“ seitens der nordamerikanischen Union bezeichnet werden. Auf eine Normel gebracht, besteht das Wesen der politischen Revolution darin, daß „schwache Nachbarländer, in welchen amerikanische Kapitalisten erhebliche Summen angelegt haben, es sich gefallen lassen müssen, daß die Regierung der Ver. Staaten die Innenpolitik dieser Staaten immer dann befehligt, wenn eine solche Verherrlichung amerikanischer Gebietsverhältnisse vorteilhaft erscheint.“ Man nennt den Grundgedanken der politischen Revolution auch die „neuzeltliche Geheiß der Monroe Doktrin“, mit anderen Worten: Es handelt sich um die Weiterbildung der Monroe Doktrin in die Vertretung eines kapitalistischen Imperialismus, den die Präsidenten Roosevelt, McKinley, u. der Hauptvorkämpfer der Dollarpolitik, Präsident Taft, ferner Wilson als Vertreter der protektionistischen, imperialistischen, finanziellen und biblischen angeblichen Zensur des „Liebingslandes Gottes“, der Vereinigten Staaten, mächtig gefördert haben.

Die Insel Hawaii hatte für den amerikanischen Geschäftsmann in erster Linie als außerordentlich einträglichen Boden für Zuckerplantagen Interesse. Ein 1875 abgeschlossener Gegenseitigkeitsvertrag gewährte bestimmten Zuckerkolonien — die Produktion lag schon damals größtenteils in amerikanischen Händen — Zollfreiheit in der Union. 1887 betrug infolgedessen die Einfuhr von Zucker rund 200 Millionen Dollars. 1890 wurde durch die McKinley-Tarifakte die Zuckereinfuhr auch aus anderen Ländern zollfrei, so daß der Preis des Rohzuckers in Honolulu an einem einzigen Tage von 100 auf 60 Dollars per Tonne fiel. Der Gelandte der Ver. Staaten in Honolulu, Stevens, schrieb damals an die Regierung: „Der Verlust, den die Zuckerpflanzer und Zuckerkolonien erlitten haben, ist auf nicht unter 12 Millionen Dollars zu veranschlagen; ein großer Teil dieser Verluste entfällt auf hier und in Ka-

hawaii lebende Amerikaner. Werden keine einschneidenden Maßregeln ergriffen, der Rat (!) zu steuern, so wird die Entwertung der Zuckerkolonien unaußhaltbar fortschreiten. Stille und großzügige Maßnahmen der Ver. Staaten werden bewirken, daß den Eigentümern von Zuckerkolonien große Verluste erpart bleiben.“

Großzügige Maßnahmen! Die Amerikaner dauern nach Anzettelung einer Revolution war großzügig geneigt! Die amerikanischen Zuckerkolonien in Hawaii bildeten unter Mithilfe des eigens zu diesem Zwecke von seinem offiziellen Ante zurückgetretenen Oberichters Dole einen „Ausschuß der öffentlichen Sicherheit“ (!), dem die Regierung der Union auf Veranlassung des Generalen Stevens ein Kriegsschiff, welches in Honolulu stationiert wurde, zu Hilfe sandte. Die Behörden von Hawaii protestierten — mit folgendem Erfolg, daß der amerikanische Gesandte alle Verantwortung der Ausschusses auf sich nahm, eine nach Aussetzung der Regierungsgebäude durch amerikanische Marinekruppen und nach der Proklamierung der Abdankung der Monarchie in Hawaii eingeleitete provisorische Regierung anerkannte und den Ausschluß Hawaiis aus die Union seitens der „neuen Regierung“ bereits einen Monat nach der Revolution herbeiführte. Am 4. März 1893 kam in den Ver. Staaten das Kabinett Cleveland aus Kader, das die Angelegenheit überprüften ließ. Der nun folgende jahrelange Kampf der Meinungen, ob Hawaii behalten oder zurückgegeben werden sollte, endete am 7. Juli 1899 während des spanisch-amerikanischen Krieges mit der endgültigen Annexion. Die Zuckereinfuhr wurde neuerdings mit Zollen belegt, die hawaiianische Einfuhr dagegen blieb, da es sich um amerikanisches Gebiet handelte, zollfrei. Der kapitalistische Wohlstand auf der Insel stieg gewaltig. Der Zuckerbau, der von 1890 bis 1894 sich kaum gelohnt hatte, bewegte sich nun in der Rentabilität stetig aufwärts. Es wurden neue Plantagen angelegt, die alten vergrößerten ihre Leistungen, es wurde Zucker in immer größerer Menge nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, es herrschte wieder Hochkonjunktur auf der Insel. Das „Verbot“ von dieser gewaltigen Entwicklung kam nicht etwa Abenteurern der Sozialreformisten zu, sondern ganz konservativ gesinnten und gelehrten Bürgern, hochgebildeten währenden Persönlichkeiten der Industrie! Wiederholte der Dollar die puritanische Moral samt der Politik vor seinen Wagen anzuwannt.

„Rein Schönere“ und deutlichen Beispiel für diesen Satz als die Revolution in Panama, welche in 15 Tagen des Jahres 1903 den Vereinigten Staaten eine Zone quer durch den Isthmus von 10 Meilen Breite für immer zum Bau des Panamakanals verleihte, wogegen die Ver. Staaten dafür zehn Millionen Dollars dar und eine Anzahl von 250.000 Dollars zu zahlen sich bereit erklärten, welche neun Jahre später zu laufen beginnen sollte.“ Der Bau des Panamakanals, von französischer Seite jahrelang vergeblich verucht, trugte der nordamerikanischen Union größten wirtschaftlichen und Machtzuwachs. Ur-

(Fortsetzung auf S. 4.)